

Rechtsgrundlagen für 1.-4.  
Für diesen Bebauungsplan gelten  
- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr.1 der Vereinfachungs-  
novelle vom 3. Dezember 1976 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von In-  
vestitionen im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979,  
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzV) in der Fassung vom  
15. September 1977.

### Planzeichenerklärung

Maß der baulichen Nutzung			
GF	Geschäftsfäche	I	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
	Baumaßzahl		Zahl der Vollgeschosse-Zwangsgrenze
	Grundflächenzahl		

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen			
	offene Bauweise		geschlossene Bauweise
	Einzelhäuser-Zulassung		abwechselnde Bauweise mit teils-Einzelhäusern
	Doppelhäuser-Zulassung		Teilung der baulichen Anlagen
	Hausgruppen-Zulassung		Baulinie
	Einzel- und Doppelhäuser-Zulassung		Baugrenze

Verkehrsflächen			
	Straßenverkehrsflächen		Einfahrt
	Straßenbegrenzungslinie Die Straßenbegrenzungslinie entsteht, wenn sie mit einer Straße oder Baugrenze zusammenfällt.		Einfahrtbereich
	Öffentliche Parkflächen		Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
			Gehwegen
			Umgrenzung der Flächen für den Fußverkehr

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen			
	oberirdisch	KV	Hochspannungsleitung
	unterirdisch		Schutzstreifen


Grünflächen			
	Öffentliche Grünflächen		Rasenfläche
	private Grünflächen		Sportplätze
			Dauerkleingärten
			Stellplätze mit Bäumen
			Spielplatz

Sonstige Planzeichen			
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen		Stellplätze
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungs- weichen zu belastende Flächen		Garagen
	Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern gem. § 9 (1) Ziff. 25b		Einstellplätze
	Aufschüttung		Gemeinschafts- garagen
	Abgrabung		
	Stützwand		Grenze des räumlichen Geltungs- bereichs des Bebauungsplans
	Anpflanzen von Bäumen		Grenze des räumlichen Geltungs- bereichs des Bebauungsplans
			Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Rechtsgrundlagen für 5.-9.  
Für diesen Bebauungsplan gelten  
- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 8. Dezember 1986  
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzV) vom 15. September 1977 in der jetzt gültigen Fassung.

<p>1. Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 19.02.1987). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.</p> <p>Hildesheim, den 12.03.1987</p> <p>Stadtvermessungsamt <i>Dr. J. J. J.</i></p>	<p>2. Für die Aufstellung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den 12.03.1987</p> <p>Stadtplanungsamt <i>K. J. J.</i></p>	<p>3. Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim am 30.03.1987 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 25.04.1987 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (6) BBauG erfolgte vom 30.04.1987 bis 21.05.1987. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.</p> <p>Hildesheim, den 22.05.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. J. J.</i></p>	<p>4. Der Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauNutzV (neueste Fassung) in der Sitzung am 30.03.1987 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 2 a (6) BBauG beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 31.03.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. J. J.</i></p>	<p>5. Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 23.09.1987 bis 22.10.1987 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Die Auslegung ist am 14.09.1987 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 23.10.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. J. J.</i></p>
<p>6. Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgetragenen Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert.</p> <p>Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 16.11.1987 der Änderung zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 16.11.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. J. J.</i></p>	<p>7. Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 16.11.1987 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 8 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 16.11.1987</p> <p>Oberbürgermeister <i>K. J. J.</i></p> <p>Oberstadtdirektor <i>K. J. J.</i></p>	<p>* Verfügung vom 16.3.1988 (Az.: 309.7-2102.2-259 A-54/35/87)</p> <p>Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am 18.12.1987 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB nicht festgestellt. Mit Ausnahme der durch X kenntlich gemachten Teile nicht geltend gemacht. Beitrittsbeschluss des Rates vom 16.05.1988.</p> <p>Hildesheim, den 20.05.1988</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. J. J.</i></p>	<p>Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB (neueste Fassung) am 08.05.1988 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden.</p> <p>Der Bebauungsplan ist damit am 08.05.1988 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den 08.05.1988</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. J. J.</i></p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 16.10.1990</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. J. J.</i></p> <p>Innerhalb von 1 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 08.05.1995</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage <i>K. J. J.</i></p>



# STADT HILDESHEIM

HN  
Nr.259 A

## Bebauungsplan

Für das Gebiet der Kleingartenanlage  
„Niedersachsen“ nördlich und südlich  
der B6

Maßstab 1:1000